

Alle Artikel sind der Allgemeinen Zeitung (Windhoek) entnommen.

Vom 28.04.2010 Grundeinkommen: Von Deutschland nach Namibia und zurück? (Teil 1/2) Von Januar 2008 bis Dezember 2009 wurde in der Siedlung Otjivero/Omirata an etwa 1000 Bewohner ein Grundeinkommen (Basic Income Grant, BIG) in Höhe von monatlich 100 Namibia-Dollar gezahlt. Die Regierung hat sich bislang nicht dazu durchgerungen, das Projekt landesweit einzuführen. Es stellt sich die Frage nach den Gründen und ob das Projekt überhaupt für Namibia gedacht war oder vor allem dazudienen sollte, die deutsche Diskussion über ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) mit einem real existierenden Beispiel zu beleben.

Das auf zwei Jahre angelegte Pilot-Projekt ist Ende 2009 offiziell beendet worden. Es wird den Menschen in Otjivero jedoch bis auf Weiteres ein geringerer Betrag gezahlt. Die Kosten wurden und werden überwiegend von der Evangelischen Kirche des Rheinlands getragen, aber auch das deutsche Entwicklungshilfe-Ministerium, die Friedrich-Ebert-Stiftung, Brot für die Welt und Andere engagieren sich.

Die örtlichen Unterstützer des Projekts haben sich zu einer nach wie vor bestehenden BIG-Koalition zusammengeschlossen. Dazu gehören der Kirchenrat, der Dachverband der Gewerkschaften, das Forum -Regierungsorganisationen, das Netzwerk von Aids-Hilfsorganisationen und die politische Partei SWANU. Hauptverantwortlich für das Projekt war ein deutsches evangelisches Pfarrer-Ehepaar, entsandt von der Vereinten Evangelischen Mission in Wuppertal, das jedoch jetzt aus Namibia abberufen wurde.

Das Pro-Kopf-Einkommen in Namibia ist mit ca. 3000 Euro jährlich deutlich höher als in den meisten anderen Ländern Afrikas südlich der Sahara. Aber die Einkommensungleichheit ist so groß, dass der Durchschnittswert wenig aussagekräftig ist. Mit einem Gini-Koeffizienten um 0,6 herum liegt Namibia in der Spitzengruppe von Ländern ähnlich hoher Einkommensungleichheit, wie Brasilien, China und Indien – allerdings ohne deren hohes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Fast 30% der Bevölkerung liegen mit ihrem Einkommen unter der nationalen Armutsgrenze. Die BIG-Koalition berichtet für den Ort Otjivero – bevor das Pilotprojekt startete – von einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen von 118 N\$, also etwa 12 Euro. Daran gemessen stellt die monatliche Zahlung von 100 N\$ eine beträchtliche Summe dar, vor allem für kinderreiche Familien.

Ziel der BIG-Koalition war und ist es, das Pilotprojekt auf das ganze Land ausgedehnt zu sehen – und zwar finanziert durch eine Steuererhöhung. Sie ist daher darum bemüht zu zeigen, dass a) die Wirkungen des BIG außerordentlich und ausschließlich positiv sind und dass b) die Finanzierung eines landesweiten – und selbstverständlich permanenten – BIG kein Problem darstellen würde.

Wie die BIG-Koalition in ihrem Jahresbericht für 2008 ausführt, hätten sich folgende positive Entwicklungen in Otjivero innerhalb von 12 Monaten ergeben:
Der Bevölkerungsanteil unter der nationalen Armutsgrenze habe sich halbiert (von 76% auf

37%). Ohne Zuwanderung wäre die Entwicklung sogar noch günstiger gewesen. Der Anteil untergewichtiger Kinder sei von 42% auf 10% gefallen. Der (kostenpflichtige!) Schulbesuch habe sich verdoppelt und liege nun bei 90%. Die ebenfalls kostenpflichtige Inanspruchnahme der örtlichen Gesundheitsstation sei erheblich gestiegen. Gemäß Aufzeichnungen der örtlichen Polizei habe sich die Kriminalität (vor allem Wilderei und Rinderdiebstahl auf den umliegenden kommerziellen Farmen) nahezu halbiert. Der Anteil Erwachsener, die ein Erwerbseinkommen erzielen, habe sich von 44% auf 55% erhöht. Die Pro-Kopf-Einkommen in Otjivero seien von Januar bis Dezember 2008 um 29% gestiegen – und zwar ohne die BIG-Zahlung selbst zu berücksichtigen. Diese Entwicklung sei von Dauer (sustained).

Die unmittelbare Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens durch BIG ist erheblich, so dass beträchtliche Steigerungen von Konsumausgaben für die Familie und positive Wirkungen daraus durchaus plausibel sind. Darüber hinaus aber sind Zweifel angebracht.

Die BIG-Koalition wählt die zur Veröffentlichung freigegebenen Daten offenbar sorgfältig aus. Anfragen wegen weiterer Informationen zu Daten und Erhebungsmethoden werden i.d.R. abgelehnt, jedenfalls wenn der Anfragende kein ausgewiesener BIG-Befürworter ist. Als Begründung für die Ablehnung heißt es dann etwa: „Es geht hier nicht um Wissenschaft, sondern um den Menschen.“

Die angeblich günstige Entwicklung der Kriminalität wird von den umliegenden kommerziellen Farmern (weißer Hautfarbe) bestritten. Die Entwicklung der Ausgaben für Alkohol in Otjivero ist unklar. Die BIG-Koalition hält sich hier bedeckt, obwohl es eigentlich leicht sein müsste, den Alkoholumsatz der ca. 10 örtlichen Shebeens zu überprüfen.

Das angebliche (dauerhafte) Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen um 29% in 12 Monaten (ohne die BIG-Zahlung selbst) ist nicht nur wenig glaubwürdig, sondern unterminiert auch die Forderung der BIG-Koalition nach einem permanenten BIG. Wenn BIG – wie behauptet – derart schnell, stark und dauerhaft dynamisierend auf das Wirtschaftsleben wirkt, wäre es ausreichend, es auf ein oder zwei Jahre zu begrenzen, um mit BIG dann in anderen Ortschaften dieselbe Wirkung auszulösen. Diese für sie ungünstige Konsequenz der eigenen Aussage hat die BIG-Koalition schließlich dazu geführt, öffentlich nur noch von 10% Pro-Kopf-Wachstum in Otjivero zu sprechen. Da es ja hier um den Menschen geht, kommt es auf die Zahlen anscheinend nicht so genau an.

Obwohl die BIG-Koalition das Ziel hatte, die Wirkung spezifisch eines BIG zu demonstrieren, hat sie es nicht verstanden (oder nicht gewollt), ein kontrolliertes oder wenigstens kontrollierbares Experiment durchzuführen. Auch erlauben die veröffentlichten Daten nur einen begrenzten Vergleich mit Ortschaften ohne BIG, die in der systematischen Haushaltserhebung des namibischen Statistikamtes erfasst sind. Außerdem ist BIG nicht die einzige Veränderung in Otjivero. Vielmehr hat die BIG-Koalition die Regierung dazu bewogen, 2008 Nahrungsmittelhilfe bereitzustellen, obwohl es in Otjivero, anders als in anderen Landesteilen, in dem Jahr weder Überschwemmung noch Dürre gab.

Die mangelnde Nachvollziehbarkeit der angeblich in Otjivero erzielten Ergebnisse liegt auch daran, dass sich der Jahresbericht für 2008 über die Methoden der Datenerhebung weitgehend ausschweigt. Spezifisch unklar ist, inwieweit die Angaben der Befragten durch Beeinflussung seitens der BIG-Koalition sowie aufgrund wohlverstandenen Eigeninteresses – nämlich BIG zu behalten – verzerrt wurden.

Die BIG-Koalition ist der Ansicht, dass die Kosten eines landesweiten BIG – ca. 3% des Bruttosozialprodukts – ohne Probleme über erhöhte Steuern aufgebracht werden könnten. Allerdings bedeuten diese 3%, dass die Staatseinnahmen um 12% erhöht werden müssten.

Unabhängig von der Finanzierbarkeit müsste eine seriöse Argumentation, die die Regierung hätte überzeugen können, mehrere alternative Ausgabenprojekte im Hinblick auf ihre Kosten und ihre Armutswirkung vergleichen. Das findet jedoch nicht statt. Von solchen möglichen neuen Ausgabenprojekten gibt es indes viele in Namibia – und viele von ihnen haben eine mehr oder weniger starke und mehr oder weniger rasche Wirkung auf Einkommen, Lebensstandard und Entwicklungsmöglichkeiten der Ärmsten: Verbesserung des Erziehungswesens, größere Reichweite der Gesundheitsdienste, Zuzahlungsfreiheit für den Schulbesuch und die Inanspruchnahme von Krankenstationen, Anschluss aller Bewohner an die Wasser- und Stromversorgung, dichteres Netz von Landwirtschaftsberatern, Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens in der Fläche und vieles mehr.

Aber auch im engeren Bereich der Sozialpolitik und Armutsbekämpfung gibt es Alternativen zu BIG, die die BIG-Koalition weitgehend ausblendet. Beispielsweise laufen in Lateinamerika seit einigen Jahren kontrollierte armutspolitische Experimente, die auch Barzahlungen einschließen, aber meist auf bedürftige Personen beschränkt sind und überdies – im Unterschied zum BIG – Gegenleistungen verlangen. In Indien gibt es seit einigen Jahren ein Bundesgesetz, das die Unionsstaaten verpflichtet, ländlichen Familien wenigstens 100 Tagebezahlte Arbeit pro Jahr anzubieten. Nicht zuletzt ist hier die Idee der Mikrokredite zu erwähnen, die seit dem Nobelpreis für Mohammed Yunus geradezu einen Siegeszug in Entwicklungsländern angetreten hat.

Nicht nur sind die Methoden der Datengewinnung in Otjivero intransparent und die angeblich dort vom BIG initiierten Ergebnisse teilweise schwer nachvollziehbar – die BIG-Koalition versucht auch, einer offenen Diskussion, die auch BIG-kritische Argumente zu Wort kommen lässt, auszuweichen. Kritiker des BIG-Projekts werden stattdessen beschimpft. Sie werden „unethischer Forschung“ beschuldigt und als „rechtsradikal“ bezeichnet.

Die namibische Regierung hat sich bereits vor Anlauf des Pilotprojektshöflich aber klar in dem Sinne geäußert, dass ein landesweites BIG gegenwärtig nicht in Frage komme. Seitdem hielt sich die Regierung mit weiteren Äußerungen zu dem Thema zurück.

Im Vergleich mit anderen afrikanischen Ländern ist die Sozialquote in Namibia bereits

recht hoch. Es gibt eine universelle und beitragsfreie Rente ab 60 sowie Kindergeld, Waisenrente, Veteranenrente. Im Fall von Überschwemmungen und Dürren leistet die Regierung Nahrungsmittelhilfe und stellt Notunterkünfte.

Gemäß der 2003 verabschiedeten „Vision 2030“ strebt Namibia danach, im Jahre 2030 eine wissensbasierte Gesellschaft zu sein, die dann übereinen Lebensstandard verfügt, wie er heute in den entwickelten Ländern erreicht ist. Wenn ein BIG tatsächlich wirtschaftlich so dynamisierend wirkt, wie die BIG-Koalition behauptet, könnte BIG sogar ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Vision 2030 sein – allerdings könnte er dann zeitlich eng begrenzt sein und müsste nicht dauerhaft gezahlt werden. Aber eine zeitliche Befristung liegt nicht auf der Linie der BIG-Koalition.

Die Regierung kann schon allein deshalb nicht daran glauben, weil ihr jegliches „amtliches“ – also selbst erhobenes – Wissen über die Veränderungen fehlt, die in Otjivero eingetreten sind oder eingetreten sein sollen. Denn sie ist in das Projekt nicht involviert, auch nicht als Beobachter.

In manchen Sektoren herrschen gesetzliche, in vielen Bereichen De-facto-Mindestlöhne. Die Erfahrung in vielen Ländern zeigen, dass Mindestlöhne für Gering-Qualifizierte den Zugang dieses Personenkreises zum formalen Arbeitsmarkt erschweren und so deren Arbeitslosigkeit erhöhen und verlängern können. BIG würde nun dazu führen, dass die vonden Gewerkschaften – unbeabsichtigt aber de facto -- zu „Outsidern“ gemachten Arbeitskräfte von anderer Seite Hilfe erhalten. Der Druck auf die Gewerkschaften, sich auch der Outsider anzunehmen, würde dahervermindert. Die Weiterführung der bisherigen Gewerkschaftspolitik würde dagegen erleichtert und belohnt werden.

Dr. Rigmar Osterkamp

Der Autor ist Senior Lecturer an der Universität von Namibia (UNAM), volkswirtschaftliche Abteilung, und dort als integrierter CIM-Experte tätig. Bis 2007 war er Abteilungsleiter im ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (München) und hatte einen Lehrauftrag an der Hochschule für Politik der Universität München.

Vom 29.04.2010 Präsident lehnt BIG-Zahlung ab Pohamba gegen Grundeinkommen – BIG-Koalition enttäuscht – Ökonom: Pilotprojekt nur ein Vorwand? Präsident Hifike punye Pohamba hat sich gegen die landesweite Einführung eines Grundeinkommens (Basic Income Grant, BIG) ausgesprochen, weil dies die Faulheit stärken würde. Die BIG-Koalition zeigt sich enttäuscht davon. Indes wittert der Ökonom Dr. Rigmar Osterkamp eine abgekartete Aktion. Windhoek - Die Zahlung eines Grundeinkommens würde Menschen dazu animieren, nichts zu machen, argumentierte das Staatsoberhaupt auf eine Frage von Ignatius Shixwameni (APP) im Parlament nach seiner Rede zur Lage der Nation am Dienstag. Die Auszahlung von 100 N\$ pro Monat an jeden Namibier, darunter auch an den Präsidenten, sei „keine gute Sache“, sagte Pohamba. Ähnlich hatte sich auch Premierminister Nahas Angula im Oktober 2009 geäußert, als er die flächendeckende BIG-Einführung kritisierte. Der Präsident stellte nundie Frage, ob die BIG-Auszahlung nicht zur Ausnutzung führen würde. Es könnte als Ausnutzung derjenigen, die arbeiten, von denen,

die nicht arbeiten, gedeutet werden.

Als „sehr enttäuschend“ bezeichnete Pastor Dirk Haarmann von der BIG-Koalition die Äußerung des Staatsoberhauptes gestern auf AZ-Nachfrage. „Das zeigt, dass sich der Präsident von der BIG-Ideedistanziert“, stellte er fest und argumentierte wiederum: „Gerade die neuen Arbeitslosenzahlen zeigen, dass die Paradigmen der Regierung zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut nicht funktionieren.“

Haarmann empfindet es auch als „schade, dass die guten Ergebnisse des Pilotprojekts ignoriert werden“. Denn dieses habe gezeigt, dass damit Unternehmertum gefördert werde. „Wo bekommen die vielen arbeitslosen Jugendlichen sonst eine Chance?“, fragt Haarmann. Das Pilotprojekt sei ein Beispiel dafür, dass man eine Wirtschaft „von unten aufbauen“ könne – mit der Gründung von Kleinstunternehmen sowie entsprechender Kaufkraft bei den (potenziellen) Kunden. „Dieses Modell darf nicht einfach so abgetan werden, dass man Menschen einfach nur Bargeld gibt – das ist zu billig“, so der Pastor abschließend.

In den Jahren 2008 und 2009 hat man rund 1000 Bewohnern des Ortes Otjivero/Omitara im Rahmen eines Pilotprojekts ein Grundeinkommen in Höhe von 100 N\$ pro Monat gezahlt. Die BIG-Koalition, die dies organisiert und die Finanzen dafür aus Deutschland und Namibia besorgt hatte, setzte sich von Anfang an für die landesweite Einführung von BIG ein, konnte aber die Regierung noch nicht überzeugen. Deshalb werden in Form einer „Brückenfinanzierung“ die Bewohner des genannten Ortes seit Januar 2010 bis auf Weiteres mit 80 N\$ pro Person und Monat unterstützt.

Nach Ende der zweijährigen Pilotphase hat der Ökonom Dr. Rigmar Osterkamp, der an der Volkswirtschaftlichen Abteilung der namibischen Universität (UNAM) lehrt, das Projekt analysiert und kommt zu dem Schluss, dass die BIG-Idee gescheitert ist. Er stellt die Behauptung auf, dass das Projekt nur als konkretes Beispiel und Bestätigung für die Lobby zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) in Deutschland dienen sollte. Die dortige Situation und Diskussion sei aber für ein Entwicklungsland wie Namibia nicht anwendbar.

Überdies erklärt Osterkamp, dass das Argument der Armutsbekämpfung ebenfalls nicht greifen könne, weil man sich mit BIG nur den Auswirkungen der Armut widmen würde. Viel nachhaltiger sei es hingegen, deren Ursachen zu bekämpfen und dabei „sozial- und arbeitsmarktpolitische Erfahrungen zu berücksichtigen, die die heute reichen Länder und die heute wirtschaftlich schnell wachsenden Länder gemacht haben und machen“. Andernfalls könne sich die Sozialpolitik in Form der BIG-Idee als „Armutsfalle“ erweisen.

Dem Ökonom zufolge hat die Regierung auch deshalb von der landesweiten BIG-Einführung Abstand genommen, weil dies ein „Eingeständnis der Erfolglosigkeit der bisherigen arbeitspolitischen Bemühungen implizieren“ würde. Das würde „einer Kapitulation vor der Aufgabegleichkommen, die Armut in ihren Ursachen und nicht nur in ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen“, schreibt er in seiner Analyse, die in zwei Teilen in der gestrigen und heutigen AZ abgedruckt ist.

Von Stefan Fischer Grundeinkommen: Von Deutschland nach Namibia und zurück? (Teil 2/2) Von Januar 2008 bis Dezember 2009 wurde in der Siedlung Otjivero/Omirata an etwa 1000 Bewohnern ein Grundeinkommen (Basic Income Grant, BIG) in Höhe von monatlich 100 Namibia-Dollar gezahlt. Die Regierung hat sich bislang nicht dazu durchgerungen, das Projekt landesweit einzuführen. Es stellt sich die Frage nach den Gründen und ob das Projekt überhaupt für Namibia gedacht war oder vor allem dazu dienen sollte, die deutsche Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) mit einem real existierenden Beispiel zu beleben.

Bischof Zephania Kameeta ist Vorsitzender der BIG-Koalition in Namibia. Diese hat nach Ablauf des Pilotprojekts (2008 - 2009) eine Fortsetzung der Zahlung (80 anstelle 100 N\$ pro Person und Monat) an die rund 1000 Bewohner des Ortes Otjivero/Omirata eingeleitet und finanziert dies aus Sponsorengeldern. Die evangelische Kirche im Rheinland, der Hauptsponsor des BIG-Projekts in Namibia, war anscheinend von Anfang an im Zweifel, ob die Ausdehnung des Projekts auf ganz Namibia gelingen würde. Jedenfalls äußerte Oberkirchenrat Wilfried Neusel, der Ökumene-Chef der Evangelischen Kirche im Rheinland im August 2008, dass sich „mit dem Pilotprojekt zeigen werde, ob Namibia das neoliberale Wirtschaftssystem aufgezwungen wird oder ob für den jungen namibischen Staat ein Weg gefunden wird zu einer sozialstaatlichen Entwicklung“.

Der Generalsekretär der evangelisch-lutherischen Kirche in Namibia, Wilfried Diergaardt, machte Anfang 2008, eigenartigerweise nach Start des Projekts, den Internationalen Währungsfonds (IWF) für eine „Blockade“ des Projekts verantwortlich und meinte: „Der IWF hantschlicht Angst, dass selbst ein maßvolles Umverteilungsprogramm die gegenwärtige globale Wirtschaftsordnung in Frage stellt.“

Kapitulation vor der Armut

Zwar scheint die Armutsquote in Namibia zu sinken, allerdings geschieht dies nur sehr langsam. Daher ist es korrekt zu sagen, dass die Armen von dem (eher bescheidenen) Wirtschaftswachstum kaum profitieren. Eindynamisches Wirtschaftswachstum und flexiblere Arbeitsmärkte wären wohl wichtige Komponenten einer – zumindest langfristigen – Lösung der Probleme. Diese Entwicklung findet heute in Brasilien, China oder Indien statt und hat sich früher bereits in vielen anderen Ländern vollzogen. (In Afrika südlich der Sahara wächst die Wirtschaft nur in wenigen Ländern dynamisch, darunter in Mauritius.) Wenn aber eine solche dynamische Wirtschaftsentwicklung in Namibia einfach nicht gelingen will, auch weil die Arbeitsmarktpolitik die gering Qualifizierten benachteiligt – ist dann ein BIG nicht einfach nur fair gegenüber den Benachteiligten und wenigstens so etwas wie eine zweitbeste Lösung?

Diese Ansicht impliziert zweierlei: Erstens würde dies eine Kapitulation der nationalen Entwicklungspolitik vor der Armutsproblematik bedeuten – wozu eine Regierung kaum bereit sein dürfte. Zweitens aber, und weit wichtiger: BIG übertüncht die Armut, beseitigt aber nicht ihre Wurzeln. Die eigentliche Lösung des Armutsproblems in Namibia kann nur in einer neuwirtschaftspolitischen Weichenstellung gefunden werden, die die Armen zur Einkommenserzielung befähigt und das Land auf einen höheren Wachstumspfad bringt.

BIG aber würde den Druck in Richtung eines solchen wirtschaftspolitischen Neuorientierung vermindern.

Begründungen fürs Grundeinkommen

Das Projekt „Grundeinkommen in ganz Namibia“ wird es also vermutlich sobald nicht geben. Aber war BIG in Namibia überhaupt das eigentliche Ziel der Aktion? Daran sind Zweifel angebracht. Zunächst einmal stammt die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) aus den reichen Ländern – wobei dort allerdings ganz unterschiedlich argumentiert wird. Die pragmatische Begründung eines BGE betrachtet die historisch gewachsenen Sozialversicherungssysteme als unfair, intransparent und nicht mehr finanzierbar. Sie sollen daher schrittweise durch ein BGE ersetzt werden. Diese Argumentation ist sicherlich nicht ganz abwegig, obwohl der deutsche Wirtschafts-Sachverständigenrat in einem seiner letzten Jahresgutachten in einer ausführlichen Analyse eines konkreten BGE-Vorschlags die Behauptung zurückgewiesen hat, dass dieser Vorschlag budgetneutral sein würde.

Daneben gibt es eine ideologische Begründung für ein BGE. Diese geht davon aus, dass in einer Welt des angeblichen Überflusses Arbeit und Arbeitsethik keine Werte an sich mehr darstellten. Vielmehr sollte jeder berechtigt sein und mittels eines BGE auch dazu befähigt werden, sein Leben nach seinen Wünschen, Fähigkeiten und Neigungen auszurichten – auch ohne seine Arbeitskraft als Ware auf dem Arbeitsmarkt feilbieten zu müssen.

Es ist offensichtlich, dass keine der beiden Begründungen auf ein Entwicklungsland wie Namibia anwendbar ist. Daher wird hier ein drittes Argument bemüht: die Armutsbekämpfung. In einer zumindest vordergründigen Weise kann man sich diesem Ziel dadurch annähern, dass die Pro-Kopf-Einkommen, wie in Otjivero, durch BIG auf einen Schlag verdoppelt werden. Die für eine nachhaltige Überwindung der Armut entscheidende Frage ist jedoch, wie sich die Fähigkeit, selbst ein Einkommen zu erzielen, unter dem Einfluss von BIG entwickelt. Letztlich lautet die Frage: Wie wird es den Kindern und Enkeln gehen – mit und ohne BIG? Bei der Antwort auf diese Frage ist es wohl sinnvoll, sozial- und arbeitsmarktpolitische Erfahrungen zu berücksichtigen, die die heute reichen Länder und die heute wirtschaftlich schnell wachsenden Länder gemacht haben und machen: Bestimmte Formen der Sozialpolitik können sich als Falle erweisen, als Armutsfalle. Und BIG gehört vermutlich in diese Kategorie von Sozialpolitik.

BIG als Beispiel für Deutschland

So darf man im BIG-Projekt in Namibia – und seiner deutschen Unterstützung – wohl eine andere Begründung und Zielsetzung vermuten: Für die Forderung nach einem Grundeinkommen in Deutschland soll es endlich ein konkretes Beispiel geben, das der deutschen BGE-Gemeinde Mut machen kann. Auf dieses Beispiel hatten es deutsche Parlamentarier abgesehen, die Anfang 2008 Namibia besuchten. Sie bekannten ganz offen: Wir unterstützen BIG in Namibia, um für die BGE-Diskussion in Deutschland auf ein real existierendes Projekt verweisen zu können.

Die BIG-Koalition, die ihr namibisch-deutsches Projekt schon immer in Deutschland gut „vermarktet“ hat, hat diese Bemühungen in der Schlussphase des Projekts noch verstärkt und etliche deutsche Journalisten nach Otjivero eingeladen. Den Start machte „Brand eins“ mit einem (durchaus kritischen) Bericht im Juni 2008. Im August 2008 zeigte dann das ARD im „Frühstücksfernsehen“ einen Film über Otjivero. Anfang 2009 organisierte die evangelische Kirche im Rheinland einen Workshop in Wuppertal, zu dem auch Repräsentanten der BIG-Koalition und ein Regierungsmitglied aus Namibia eingeflogen wurden. Die meisten Teilnehmer des Workshops waren Anhänger der BGE-Gemeinde in Deutschland. Die „taz“ brachte im Juli 2009 eine ganze Beilage über das Grundeinkommen und ging speziell auch auf den BIG in Namibia ein. Im „Spiegel“ erschien ein langer Artikel im August 2009. Aber auch Journalisten kleinerer deutscher Zeitungen, z.B. von der „Hildesheimer Allgemeinen“, besuchten das Projekt. Auch das ZDF sendete schließlich einen Beitrag über Otjivero. Meist sind es Jubelberichte, die die deutschen Journalisten abliefern, ganz so wie es sich die einladende BIG-Koalition wünscht. Für einen Besuch beim Finanzministerium, bei einem Wirtschaftsforschungsinstitut oder der Universität haben die Journalisten während ihres Aufenthalts in Namibia anscheinend keine Zeit.

Auch nach dem offiziellen Ende des BIG-Projekts sind Vertreter der BIG-Koalition in Deutschland unvermindert aktiv. Sie halten dort Vorträge zum Thema „BIG in Namibia und Deutschland – kann der Norden vom Süden lernen?“ Nach dem Scheitern des BIG in Namibia eigentlich eine eher seltsame Frage.

Dass es den Sponsoren des Projekts vermutlich mehr um Deutschland als um Namibia geht, mag auch die namibische Regierung erkannt haben. Angesichts des unübersehbar hohen Eigeninteresses der deutschen Sponsoren an dem Projekt hatte die namibische Regierung einen weiteren Grund, das Projekt nicht zu übernehmen. Zur Ablehnung mag schließlich auch beigetragen haben, dass sich die Regierung instrumentalisiert gefühlt haben könnte.

Umdenken bei der Kirche?

Die erkennbar geringe Aussicht, BIG in Namibia landesweit durchzusetzen, die mangelnde professionelle Qualität der Projektdurchführung sowie die aggressive Haltung der deutschen BIG-Beauftragten gegenüber Kritikern scheint bei den Hauptsponsoren in Deutschland – der evangelischen Kirche im Rheinland und der Vereinten Evangelischen Mission – ein Umdenken eingeleitet zu haben. Das legt jedenfalls ein Artikel nahe, der in der Zeitschrift der Missionsanstalt „In die Welt für die Welt“ veröffentlicht wurde. Darin wird über ein BIG-ähnliches Projekt aus Indonesien berichtet, BLT genannt, das die dortige Regierung nun allerdings wohl einstellen wird. Der Autor, Pastor Dr. Deonai Sinaga, schließt sich den Kritikern des Projekts an und schreibt unverblümt, dass das Projekt in Indonesien „zu mehr Faulheit und Abhängigkeit von anderen geführt“ habe. Und: „Anstatt hart zu arbeiten, würden sie (die Begünstigten, der Autor) viel Zeit damit verbringen, auf die Auszahlung von BLT zu warten.“ Der Vergleich zu BIG in Namibia wird in dem Artikel ausdrücklich gezogen. Statt BLT oder BIG empfiehlt der Artikel die Nutzung von

Mikrokrediten als Methode der Armutsbekämpfung.

In der deutschen GTZ, der staatlichen Durchführungsorganisation von Beratungsprojekten in Entwicklungsländern, gibt es anscheinend eine ernsthafte Diskussion darüber, ob BIG-Projekte in armen Ländern unterstützt werden sollten. Dies ist erstaunlich. Denn ähnlich wie die Zuflucht zu BIG der bisherigen nationalen Entwicklungspolitik einschlechtes Zeugnis ausstellen würde, würde dies für die ausländische Entwicklungsberatung gelten. Es würde nicht nur das Eingeständnis der Erfolglosigkeit der bisherigen armutspolitischen Bemühungen implizieren, sondern darüber hinaus auch einer Kapitulation vor der Aufgabe gleichkommen, die Armut in ihren Ursachen und nicht nur in ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen. Statt wie bisher den mühsamen Weg zu gehen, die Fähigkeit der Einkommenserzielung zu fördern, würde das Einkommen einfach durch Barzahlung aufgestockt. Armutproblem gelöst.

Eine solche Herangehensweise an das Problem wäre vermutlich nicht nur kontraproduktiv, sondern auch unhistorisch, weil sie die Erfahrungen der Armutüberwindung missachtet, die die heute reichen Länder und die heute schnell reicher werdenden Länder im Zuge ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gemacht haben und laufend noch machen.

Für die deutsche BGE-Gemeinde ist der Verlust des lebenden BIG-Beispiels in Otjivero sicher schmerzlich. Aber vielleicht besteht Aussicht, dass es mit staatlicher deutscher Unterstützung künftig viele BIGs in armen Ländern geben wird. Sollen diese Beispiele dann, wie zu erwarten, als Beleg für die Funktionsfähigkeit eines BGE in Deutschland dienen, sei allerdings zur Vorsicht geraten: Man sollte es nicht versäumen, die Begründung rechtzeitig von Armut auf Überfluss umzustellen.

Dr. Rigmar Osterkamp

Der Autor ist Senior Lecturer an der Universität von Namibia (UNAM), volkswirtschaftliche Abteilung, und dort als integrierter CIM-Experte tätig. Bis 2007 war er Abteilungsleiter im ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (München) und hatte einen Lehrauftrag an der Hochschule für Politik der Universität München.
Leserbrief vom 11.05.2010 Mit BIG zum Glück gezwungen Betr.: „Grundeinkommen: Von Deutschland nach Namibia und zurück“ (AZ, 28. und 29. April 2010) Drei Merkwürdigkeiten aus dem Artikel von Dr. Osterkamp zum Nachdenken:

1. „Die Kosten wurden und werden überwiegend von der Evangelischen Kirche des Rheinlands getragen, aber auch das deutsche Entwicklungshilfe-Ministerium, die Friedrich-Ebert-Stiftung, Brot für die Welt und Andere engagieren sich.“ Wo bleibt die Erwähnung vom BRD-BIG-Papst und Drogerieketten-Milliardär Götz Werner in dieser Aufzählung, der seit Jahren das BIG in Deutschland publik macht? Schließlich ist er der Mentor und Begründer dieser Initiative. Merkwürdig, diese Incognito-Haltung in Bezug auf Namibia, soviel Bescheidenheit ist in der Branche doch sonst nicht üblich. Schließlich bekommt Namibia ansonsten auch etliche Millionen Euro Entwicklungshilfe aus Deutschland, und das ganz offiziell. Stattdessen wird die Kirche als Geldgeber vorgeschoben. Warum wird BIG-Brother nicht genannt? Was soll warum nicht bekannt

werden?

2. „Nicht nur sind die Methoden der Datengewinnung in Otjivero intransparent und die angeblich dort vom BIG initiierten Ergebnisse teilweise schwer nachvollziehbar – die BIG-Koalition versucht auch, einer offenen Diskussion, die auch BIG-kritische Argumente zu Wort kommen lässt, auszuweichen. Kritiker des BIG-Projekts werden stattdessen beschimpft. Sie werden ‚unethischer Forschung‘ beschuldigt und als ‚rechtsradikal‘ bezeichnet.“ Man staune – wer Transparenz fordert, wird gleich in die rechte Ecke geschoben und mit der Gesinnungskeule verprügelt. Das klingt in der Tat Deutsch, wie es heutzutage in der BRD üblich ist: Politische Korrektheit vor gesundem Menschenverstand; wer die Parteien hinter sich hat, braucht das Volk nicht mehr. Ein wunderbarer deutscher Import, und ganz kostenlos – aber- aber genau das braucht Namibia nicht und davor sollte es bewahrt bleiben!

3. „Die Regierung kann schon allein deshalb nicht daran glauben, weil ihr jegliches ‚amtliches‘ – also selbst erhobenes – Wissen über die Veränderungen fehlt, die in Otjivero eingetreten sind oder eingetreten sein sollen. Denn sie ist in das Projekt nicht involviert, auch nicht als Beobachter.“ Die Regierung sollte vermutlich daran glauben, immerhin ist die Kirche ja der offizielle Sponsor, und die muss es wissen, schließlich sind das die Glaubensfachleute. Wo gibt es denn so etwas? Da führt eine bestimmte Organisation (hier also angeblich die Kirche) in einem Land ein soziales Pilotprojekt durch und die zuständige Regierung hat keinerlei Kontrollmöglichkeit? Darf noch nicht einmal hingucken, also beobachten? Und schon gar nicht kritisch kommentieren? Normalerweise schaut die namibische Regierung sehr wohl auf die Einhaltung von Regeln und Gesetzen, wer traut sich hier also was und warum nicht?

Es bleibt der unschöne Eindruck, dass hier ein Projekt nicht nur durchgezogen, sondern dem Land aufgedrückt oder aufgemogelt werden soll. Und spätestens wenn es so aussieht, als werde man zu seinem Glück gezwungen, muss den Dingen auf den Grund gegangen werden. Bevor man irgendjemandem auf den Leim geht und an mehr Fremdbestimmung klebenbleibt als nötig ist.

Klaus Weichhaus, Windhoek

Grundeinkommen-Info Mailingliste
JPBerlin - Politischer Provider
Grundeinkommen-Info@listen.grundeinkommen.de
<https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/grundeinkommen-info>